

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 4. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Generalstreik und Belagerungszustand in Berlin

Was wir nicht gewünscht, sondern nach Kräften bekämpft haben, ist eingetreten: Die Vollversammlung der A. u. S.-Räte Groß-Berlins hat den Generalstreik beschlossen.

Dem Vollrat ist aufgetragen worden, die Streikleitung zu übernehmen. Er hat sich zu diesem Zweck verstärkt, indem zehn Mehrheitssozialisten und zehn Unabhängige zugezogen wurden.

Es sind von der Vollversammlung der A. u. S.-Räte Streikforderungen aufgestellt worden, über die wir uns für heute nur allgemein und grundrisslich äußern wollen.

Auf der anderen Seite kann keine Regierung die Zeichen der Mißstimmung übersehen, die sich in breiteren Schichten des arbeitenden Volkes bemerkbar machen.

Als ein günstiges Vorzeichen, neben andern, weniger entscheidenden Punkt die Möglichkeit einer Verständigung besteht: Er betrifft die Stellung der Arbeiterräte.

In den Nachmittagsstunden des Montags kam es im Norden zu ersten Ausschreitungen gegen Polizeibeamte und Soldaten. Eine ganze Anzahl von Polizeiwachen ist gestürmt und die Beamten sind entwisst worden.

Durch Beschluß der preussischen Regierung ist der Belagerungszustand über Berlin verhängt. Wir wünschen, daß diese Maßnahme möglichst bald wieder rückgängig gemacht werden kann.

Daß Berlin durch den Massenstreik in eine sehr kritische Situation geraten ist, ist nicht zu leugnen. Wir sehen einseitig nur den großen Schaden und nicht den Erfolg.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Unsere Warnungen haben nicht gedreht. Gegen unseren Willen hat die von den Unabhängigen und Kommunisten beherrschte Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiterrats heute den Generalstreik beschlossen.

Der Antrag unserer Vertreter im Arbeiterrat, daß die einzelnen Betriebe durch geheime Urabstimmung einwandfrei Stellung zum Generalstreik nehmen sollten, ist durch Übergang zur Tagesordnung erledigt worden.

Wir fordern jetzt unsere Parteigenossen auf, nur in den Betrieben in den Streik zu treten, die es in geheimer Urabstimmung beschlossen und sich gegen jeden terroristischen Streikzwang energisch zur Wehr zu setzen.

Bekämpft auch entschieden das Auftreten der nichtseuen Elemente, die die Gelegenheit zu Plünderungen und Unruhen auszunutzen versuchen!

Die auf unserem Boden stehenden Arbeiterräte haben beschlossen, Vertreter in die Streikleitungen zu senden, um bei der Bestimmung der streikfreien Betriebe mitzuwirken.

Arbeiter, Parteigenossen! Steht in dieser schweren Stunde fest zu Eurer Partei, in der Ihr jahrzehntelang den Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus geführt habt.

Folgt einmütig der Parole, die wir und die auf unserem Boden stehenden Arbeiterräte ausgeben.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlins der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Franz Krüger, Hermann Lüdemann, Th. Kischer.

zu dekretieren, sondern den Willen der Arbeiter in geheimen Betriebsabstimmungen zu erschöpfen. Zum Teil dürfte das ja wohl noch geschehen. Unsere Parteigenossen werden sich, wo sie in der Minderheit bleiben, den gefassten Beschlüssen fügen, doch können Mehrheitsbeschlüsse nur auf ihr Handeln Einfluß haben.

Wöbelegesse.

S. T. V. meldet: Gestern nachmittag gegen 4,3 Uhr wurden in der Neuen Schönhauser Straße vor der Wandlammers, wo sich, wie gewöhnlich eine große Menschenmenge aufhielt, ein Mann von einem Wachmeister festgenommen.

Es sind bisher noch keine Regierungstruppen in Aktion getreten!

Belagerungszustand!

Berlin, 3. März. (W. B.) Um die Mehrheit der wertvollen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Ausschüßungen einer Minderheit zu schützen und vor Hungernöten zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Niederbarnim den

Belagerungszustand erklärt.

Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister Noske, über, der zur Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

Die vom Staatsministerium gezeichnete Verordnung setzt auch die Artikel 5, 6 (persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung), 7 (ordentliche Gerichtsbarkeit), 27, 28 (Freiheit der Presse), 30, 30 (Verkehrs- und Versammlungsrecht) und 36 (Beschränkung militärischer Befugnisse) der Preussischen Verfassungsurkunde abg., die an ihre Stelle getretenen reichsgesetzlichen Vorschriften außer Kraft.

Streikbekanntmachungen

Die Ribbvertwaltungs- und Gemeindebehörden verbleiben in ihren Funktionen, haben jedoch erforderlichenfalls meinen Anordnungen und Aufträgen zu folgen.

1. Alle Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten, alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen meiner Genehmigung.

2. Öffentliche Aufzüge sowie Ansammlungen und Zusammenrottungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind verboten.

3. Der Verkehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist im Interesse der persönlichen Sicherheit der Bevölkerung auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Das Erscheinen neuer Zeitungen unterliegt meiner Genehmigung.

Die Befolgung vorkommender Anordnungen wird nötigenfalls mit Waffengewalt erzwungen, dem werden Zuwiderhandlungen gemäß § 9b des Belagerungszustandsgesetzes bestraft.

Für das Gebiet des Belagerungszustandes werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, und zwar je eins für die Landgerichte I, II und III Berlin, die ihre Tätigkeit mit dem dritten Tage nach Erlass dieser Verordnung aufnehmen.

Berlin, den 3. März 1919.

Warnung.

Nachdem der Belagerungszustand über Berlin verhängt ist und außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt sind, werden von diesen Gerichten im beschleunigten Verfahren abgeurteilt alle Straftaten des Hochverrats, Landesverrats, Mordes, Aufzuges, der tätlichen Widerlegung, der Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphen, der Verletzung von Gefangenen, der Rauberei, des Raubes, der Plünderung, der Erpressung, der Verletzung von Soldaten zur Untreue, der vorsätzlichen Brandstiftung der vorsätzlichen Verurteilung von Arbeitsverweigerung und endlich alle Zuwiderhandlungen gegen die von mir im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote.

Der Verkehrsstreik

begann schon am späten Nachmittag. Bereits um 5 Uhr forderte ein Kontrolleur die Fuhrleute einer 88 am Kaiser-Wilhelmplatz in Schöneberg auf, auszufahren, da der Wagen später nicht ins Depot zurückkehren werde.

Kein Beamtenstreik!

Zur Grund eines Beschlusses der Vorstände der im deutschen Beamtenbunde zusammengeschlossenen Beamtenverbände (darunter die Verbände der Eisenbahn- und Postbeamten) lehnt der deutsche Beamtenbund den Eintritt in einen allgemeinen Beamtenstreik als Gegenmaßnahme gegen den Generalstreik der Arbeiter ab.

Das Sozialisierungs-gesetz der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatenausschuß sofort Entwürfe zu einem Sozialisierungs-gesetz und zu einem Gesetz über die Kohlenwirtschaft zwecks Eindringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich hat die Reichsregierung beschlossen, umgestimmt den Entwurf eines Gesetzes über die Kalkwirtschaft auszuarbeiten.

Der Entwurf eines Sozialisierungs-gesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1.
Jeder Deutsche hat seine politischen und bürgerlichen Rechte so zu betätigen wie es das Wahlrecht der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutze des Reichs. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch seine eigenen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2.
Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Wasserkraften in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu regeln, ist Sache des Reichs.

§ 3.
Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4.
In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird insbesondere durch besondere Reichsgesetze die Ausnutzung in Brennstoffen, Wasserkraften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen kommenden Energie (Energie-wirtschaft) nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Bergbau- und Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5.
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Streikbewegung im Reich.

In den großen Kohlenrevieren Rheinland-Westfalen und Oberschlesien ist alles ruhig. Aus Westfalen wird nur ein kleiner Streik der Jücker Röhre Ludwig in Beckinghausen von rein lokaler Bedeutung gemeldet. Bei der Besetzung Düsseldorf durch die Regierungstruppen ist kein Blut geflossen und kein Schuß gefallen.

In Hannover ist die von Bergmannsberg aus betriebene Propaganda der Spartakisten, an der sich auch der ehemalige Präsident Berges beteiligte, bisher gescheitert. Es streiken nur die Arbeiter der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft wegen Lohnforderungen.

In Magdeburg kam es bei einer Soldatenversammlung, in der die Spartakisten zur Gewalttat aufzufordern, zu einer unblutigen Prügelei. Die Mehrheit der Soldaten ist gegen den Streik.

In Leipzig beruht Ruhe. Der Generalstreik der Arbeiterschaft und der Bürger nimmt unbeschadet seinen Fortgang. In der Sitzung des großen Leipziger A. und S. Rates wurde beschlossen, daß die unabhängigen Abgeordneten der Reichstages-Kammer für eine Ausbreitung des Streiks in Mittel- und Ostpreußen zu wirken haben mit dem Ziel, daß im Sommer die Räterepublik ausgerufen wird.

Reichsweit infolge des Generalstreiks seit einer Woche böslich in Dunkelheit. Die gesamte Bürgererschaft ist in den Generalstreik eingetreten. Ein Teil der Garnison ist regierungstreu und besetzt einige wichtige Punkte. Am Plauen kam es zu Schießereien, bei denen ein Offizier und ein Matrose erloschen wurden, drei Unteroffiziere wurden schwer verwundet. Die Spartakisten verhafteten angelegene Schläger als Geiseln.

In Chemnitz traten die Straßenbahnangestellten wegen Lohnforderungen in den Ausstand.

In Königsberg sind Streiks ausgebrochen. Am Sonntag sind Regierungstruppen in die Stadt eingedrungen. Die Armee- und Marine-Soldaten wurde entlassen. Die Besetzung gränzte sich auf die zuverlässige Nachhut, daß die sozialistische Agitation darauf ausging, Königsberg in die Hand zu bekommen und sich gleichzeitig Königsberg zu bemächtigen, um so eine Streifen-Frage nach Ostpreußen zu lösen, wodurch ein Eingreifen sozialistischer Truppen in die deutschen Angelegenheiten ermöglicht werden sollte. Bei der Zusammenkunft der Volkswacht kam es zu einigen Kämpfen. Ueber Königsberg ist der Belagerungsapparat verhängt.

Die Besetzung von Halle.

In Halle ist es trotz Zurückzuges der Regierungstruppen noch zu weiteren Schieberien gekommen. Infolge der vorgelagerten Brandstiftungen und Plünderungen werden die Regierungstruppen energisch gegen unruhige Elemente eingeschritten. Einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ ist zu entnehmen, daß in den großen Geschäftshäusern ähnliche Verhältnisse aufgeblüht wurden. Ganze Warenhäuser sind bis unter das Dach ausgeräumt. Auch in der Nacht zum Montag waren die Plünderer eifrig bei der Arbeit.

Einigung in Wittenberg.

Wilmers, 8. März. (Eig. Drahtber. d. „Vorm.“) Heute verhandelte der Reichsarbeitsminister Bauer mit den Vertretern der streikenden Arbeiter und der Arbeitgeber aus dem Wittenberger Industriegebiet. Es wurde vollkommene Einigung über die Erfüllung der Forderungen und deren Ausgab erreicht. Bei diesen Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die soziale Streikleitung unter Führung der Unabhängigen Arbeiter, die vor Ausbruch des Streiks in Halle auf der linken Grundlinie mit dem Reichsarbeitsminister verhandelt hatte, die streikenden Arbeiter vollkommenfalls informiert habe und ihnen die Zweckmäßigkeit der Regelung durch die Arbeiter-Mittelstelle hatte. Die Vertreter aus dem Wittenberger Industriegebiet haben die Streikleitung gebeten, die sofortige Wiederannahme der Arbeit zu betreiben.

Der Generalstreik in Dresden völlig gescheitert.

Aus Dresden wird der „S. P. N.“ gemeldet: Heute war eine Versammlung unter freiem Himmel zur Proklamation des Generalstreiks einberufen. Es hatten sich hierzu nur etwa 700 Menschen eingefunden. Die Absicht der Versammlung scheiterte völlig und sie löste sich in einem Zuge von etwa 500 Personen auf, der zum Arsenal zog, um dort Waffen zu holen, aber aufgelacht wurde. Dann zogen sie zu den Fabriken, um hier die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu überreden. Hier wurden sie ebenso empfangen. Die Agitation des Generalstreiks ist in Dresden unfruchtbar. Nur in einigen weiter abgelegenen Orten, wie Döhlen, Niederfrohna und Plauenischer Grund ist es zu kleinen lokalen Ausschüben gekommen.

Dresden, 8. März. (Eig. Drahtber.) Bis mittags 12 Uhr war hier von einem Generalstreik nichts zu bemerken, nicht einmal von einem Totstreik. Das Streikverbot ist unverändert.

Die Verfassungsberatung in der Nationalversammlung.

Am Schluß seiner Rede betonte Reichsminister Dr. Brüning, daß nur das einheitliche Reich unter einer demokratischen Regierung und Verfassung die Gefahren überwinden kann, die jetzt drohen.

Darauf hielt der Welfe Hilbert eine äußerst partikularistische Rede, die in dem Hül der Wiederherstellung eines selbständigen Hannoverers gipfelte. Ihn erwiderte mit großer Schärfe der preussische Justizminister Genosse Heine. Er legte ein freudiges Bekenntnis der preussischen Regierung zum Reichsgedanken ab und hob die Opfer auf, die Preußen zur Stärkung des Einheitsgedankens zu bringen bereit ist. Es will sein Heer zum Reichsheer, seine Eisenbahnen zu Reichseisenbahnen umgestalten lassen. Aber die deutsche Einheit werde nicht gefährdet, wenn man die große Einheit, die es in Deutschland gibt, erreicht. Eine Fortrückung Preußens sei unvereinbar mit der Befestigung eines einheitlichen und starken Reichs. Die alten dynastischen Ansprüche der Welfen auf Hannover dürften bei uns keine Rolle mehr spielen. Eine Fortrückung Preußens sei nicht ein Weg aufwärts, sondern ein Weg abwärts, ein Weg zum Untergang. Wir teilen diese Auffassung des Genossen Heine nicht. (N. d. „V.“)

Der bayerische Abgeordnete Vogel, der darauf als Sprecher der sozialistischen Mehrheitspartei zu Wort kam, warnte lautstark an die Traditionen von 1848 anzuknüpfen. Demnach haben wir eine bürgerliche Revolution gehabt, jetzt eine proletarische. In diesem Zusammenhang bekehrte der Redner auch die Frage der Sozialisierung und sprach die Überzeugung aus, daß die gesamten Bodenschätze umgehend in den Besitz des Staates übergeben werden müssen, und zwar ohne das ohne jede Entschädigung zu geben. Hierüber war die Rechte sehr ungehalten. Im übrigen sprach Genosse Vogel als bayerischer Abgeordneter sich für die Souveränität des Reichs auf dem Gebiet der Wehrmacht und der Finanzen aus. Auch die Einheitsbahnen des Verkehrswezens und der Reichseisenbahnen hält der Redner auch im Interesse Bayerns trotz aller Vorgänge des bayerischen Eisenbahn- und Postwesens für wichtig. In der bayerischen Segemonie Preußens liegt die eigentliche Quelle der starken partikularistischen Meinungen. Diese sind dem Gefühl entsprungen, daß den Einzelstaaten ihre Selbstständigkeit nicht zugunsten eines einheitlichen Reichs, sondern zugunsten Preußens und der in ihm herrschenden Kräfte brüchig wurden. Wohin das schließlich geführt hat, zeigt das Beispiel von Bayern und Braunschweig, wo sich eine seltsame Vermischung radikaler Revolutionspolitik mit der ältesten, von jedem revolutionären Gedanken absolut unberührten Bürokratie herausgebildet hat. Ob zur Aufrechterhaltung der Segemonie Preußens eine Fortführung Preußens notwendig sein wird, das hängt von der endgültigen Lösung der Fragen des Verkehrswezens, der Wehrmacht und des Finanzwesens ab, in der bisher die Segemonie Preußens am festesten verankert gewesen ist. — Nach dieser Rede trat Mittagspause ein.

Hatten die Worte des Genossen Vogel bewiesen, daß auch in Bayern nicht nur engherziger Partikularismus zu finden ist, so vertrat der Abgeordnete Dr. Severle vom bayerischen Zentrum, der ebenfalls zu Worte kam, den partikularistischen Gedanken in ausgeprägter Form und forderte damit den lebhaften Widerspruch des Ministers Dr. Brüning heraus. Auch der Abg. Dr. Düringer (D.-noll.) betonte die Bedeutung, die auch jetzt noch die deutschen Mittelstaaten haben, im übrigen zu einer sich keine Rede, wenigstens im Anfang durch einen gewissen Stimm aus. Interessant war es, daß Dr. Düringer sich gegen den Vorwurf, Kriegsverlängerer gewesen zu sein, mit der Bemerkung wandte, er sei niemals konservativ, niemals alldeutsch und niemals Mitglied der Vaterlandspartei gewesen, worin doch das Jungdeutschland liegt, daß der Vorwurf der Kriegsverlängerung gegen Mittelstädte, Konservative und Vaterlandsparteiler berechtigt ist. Im weiteren Verlauf seiner Rede trat Dr. Düringer mit großer Empörung über den verfassungswidrigen Schutz des religiösen Bekenntnisses auf. Er behauptete, das christliche Bekenntnis sei von den Revolutionsministern in geradezu aufreizender Weise herausgefordert worden.

Nach diesem deutschnationalen Religionsvorkämpfer kam der demokratische Abgeordnete Dr. Schädling zum Wort. Er arbeitete in seiner Rede namentlich die Gedanken des Rechts und des Völkerefriedens heraus, auf denen das neue Deutsche Reich beruhen sollte, im Gegensatz zu dem alten Deutschen Reich, das auf die Bismarcksche Politik von Blut und Eisen gegründet war. Dieses alte Reich bedeutete nur ein verlängertes Preußen. Die scharfe Weisung der Bismarckschen Politik rief das öfteren den Widerspruch der Rechten und den Beifall der Linken hervor. Schädling bekannte sich als leidenschaftlicher Sozialist und meinte unter anderem, die Berliner Universität würde vor Rindern und Enten größer sein, wenn sie kurz vor dem Krigen ihr Jubiläum dazu benutzt hätte, Vorleser von Büttner zum Ehrenfaktor zu machen, anstatt Wilhelm II. mit seiner kimmernden Wehr. Natürlich fühlte sich hierdurch die Rechte ebenso gekränkt, wie dadurch, daß Schädling für das Recht der nationalen Minderheiten eintrat.

Eine Pause in den Vollstimmungen.

Wilmers, 8. März. Nach den Beschlüssen des Kellereinungskonferenzen wird das Haus morgen, Dienstag, die erste Sitzung

des Verfassungsgesetzes beenden und darauf eine Pause in den Vollstimmungen einlegen lassen, um den größeren Kommissionen, vor allem der Verfassungskommission Zeit zu ihren Beratungen zu geben. Der Präsident wird die Eröffnung der nächsten Vollstimmung einzuberufen, sobald die Sozialisierungsvorlage dem Hause zugegangen ist. Es wird damit gerechnet, daß die nächste Vollstimmung bereits am Montag der kommenden Woche stattfinden wird.

Ergebnisse der Gemeindevahlen.

Lehe, Untermeier. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“) Mehrh. Soz. 7792 Stimmen, 21 Sitze, U. Soz. 1099 Stimmen, 2 Sitze, verbundene Bürgerl. Liste 2060 Stimmen, 4 Sitze, wirtschaftliche Interessenten 1427 Stimmen, 3 Sitze
Geestmünde. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“) Mehrh. Soz. 4883 Stimmen, 18 Sitze, U. Soz. 982 Stimmen, 3 Sitze, Dem. 2063 Stimmen, 10 Sitze, Rechtsparteien 1261 Stimmen, 5 Sitze.

Lübenthal. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“) Soz. 23, Bürgerl. 19 Sitze.

Stettin. Mehrh. Soz. 24714, Deutsch-Dem. 18845, Deutsche Volkspartei 7804, Deutsch-natl. Volkspartei 5260, Christenliste 9656, Mittelständler 7522, U. Soz. 7989.

Frankfurt a. O. Bodenteilnehmer 8846, Bürgerl. Liste 5180, Mehrh. Soz. 11303, U. Soz. 1643 Stimmen.

Magdeburg. Deutsch-Demokraten 23, Zentrum 1, Deutsch-natl. 5, Deutsche Volkspartei 9, Mehrh. Soz. 45, U. Soz. 6 Sitze, Bielefeld, 8. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“)

In der Stadt Bielefeld erhielten die Sozialdemokraten 18943 Stimmen und 26 Mandate, die Unabhängigen 1060 (1), die Bürgerlichen 19410 (27).

Pariser Kommissionsberatungen.

Die Frage der Raubnationen.

Paris, 8. März. (Quadr.) Das Dokument, an welchem Marschall Joffre mit den Delegierten der Großmächte arbeitet, enthält praktische Lösungen und Bedingungen militärischen Charakters, die Deutschland auferlegt werden sollen. Dieses Dokument begrenzt die Verbände der deutschen Armee, indem denselben nur noch der Charakter von polizeilichen Streikkräften belassen wird, und es stellt bestimmte Garantien gegen eine zukünftige Wiederaufnahme des Krieges durch Deutschland auf.

Die Kommission steht vor der Aufgabe, das Schicksal Schleswigs zu regeln. Sie nimmt einer Volksabstimmung ein bloc für den nördlichen Teil, sowie einer abstimmbaren Volksabstimmung für den zentralen Teil zu. Diese Volksabstimmung wird nach Ablauf einer gewissen Frist, nachdem das Land von Einflüssen der deutschen Beamten entzogen worden ist, stattfinden. Die Frage der deutschen West- und Ostgrenze wird im Laufe der Woche behandelt werden. Laut „Telegraph“ soll in Aussicht stehen, daß Polen die Grenzen von 1772 erhält und in Ostpreußen (Schlesien) gehalten wird. Auch die finanziellen Bestimmungen sind vorbereitet. Die französische Regierung verlangt nicht die Zurückhaltung der Kriegsausgaben, jedoch die volle Wiedergutmachung, die Zahlung ihrer Pensionen und derjenigen Summe, die die Gewinnschwäche der Industrie betrifft.

Die Fassung des endgültigen Waffenstillstandes wird Deutschland vor dem 17. März zur Unterschrift vorgelegt werden.

Bern, 2. März. Schweizer Blätter geben heute in einer Pariser Meldung ein Uebersicht der Bedingungen, die von dem Alliertenausdruck der Pariser Konferenz für die Verlängerung des Waffenstillstandes zugrunde gelegt worden sind. Die deutschen Oeresverbände dürfen danach 200 000 Mann nicht übersteigen. Leistung und Ausrüstung dieser Truppen sind strengen Regeln unterworfen. Artillerie und Luftwaffe werden aufs schärfste abgemessen und dürfen die von den Allierten festgesetzte Grenze nicht überschreiten. Den in Deutschland in Betrieb erhaltenen Kriegswerkstätten wird ein Höchstmaß der Produktion vorgeschrieben. Ein internationaler Inspektionsausdruck wird eine ständige Kontrolle der Truppen und Fabriken durchzuführen. Die deutsche Flotte (anscheinend die Kriegsschiffe) wird völlig beschlagnahmt, sowohl die internierte, wie die im Bau befindliche. Alle Vertriebsanlagen an der Ostküste müssen zerstört werden. Die Niederländische Gesellschaften gehen in den Besitz der Allierten über. Deutschland hat auf die Dauer von 30 bis 50 Jahren jährlich eine Summe von 10 bis 20 Milliarden an einen internationalen Finanz-ausschuss zu zahlen, der die Rückstände der Raubnationen zu regeln hat. Vermögensmäßig werden besondere Steuern zur Abtragung der Schuld Deutschlands herangezogen werden und außerdem die Erträge der deutschen Güter. Die augenblickliche Besetzung des Rheins wird während dieser Zeit voll aufrecht erhalten bleiben. Eine aus ethnischen und strategischen Erwägungen festgesetzte Demarkationslinie wird Deutschland und Polen sowie Deutschland und Oesterreich trennen.

Parteifunktionäre der S. P. D.

Die Abteilungsführer und Bezirksvorstände der S. P. D. Groß-Berlin werden aufgefordert sich unverzüglich im Bezirksbureau, Lindenstraße 2, zu melden und sich der Parteileitung zur Verfügung zu stellen.

Der Parteivorstand:
Brügger, Lohmann, Fischer.

Letzte Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten der S. P. D. zum Streik.

Folgender Beschluß der sozialdemokratischen Stadtverordneten Charlottenburgs wird angenommen:
Die heute im Rathaus tagende Fraktion der Stadtverordnetenversammlung S. P. D. warnt die Arbeiter auf das dringendste, sich am Generalstreik zu beteiligen, der in keiner Weise geeignet ist, den Mitten der Bevölkerung abzuhelfen, sondern unabsehbare Gefahren für die Weiterentwicklung der Bevölkerung mit sich bringt und unsere ganze Wirtschaft zum Zusammenbrechen zu bringen droht.

Wir fordern alle Arbeiter auf, an ihren Arbeitsplätzen zu bleiben und entschieden dem Drängen verantwortungsloser Elemente zum Feiern entgegenzutreten.

Zur Bewahrung des häuslichen Eigentums und zum Schutz der Bevölkerung gegen Raub und Plünderung fordern wir alle Parteigenossen auf, sich der Einwohnerwehr zur Verfügung zu stellen.

J. K. Dr. Berthold, August Scholz.

Der Generalstreikbeschluss.

Die Vollziehung der Groß-Berliner A. und S.-Räte.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Der Vorsitzende Richard Müller erklärt, daß es auch dem Groß-Berliner Vollzugsrat unmöglich ist, den Rätekongress zum 18. März einzuberufen.

Eine Anzahl Deputationen, durchweg aus Werken der Metallindustrie, berichten übereinstimmend, daß die Werkverwaltungen fast einstimmig beschlossen haben, in den Streik zu treten. Sodann wird in

die Aussprache über den Generalstreik eingetreten.

Franz (S. P. D.) warnt eindringlich vor Beschlüssen, für deren Tragweite man keine Verantwortung übernehmen könne, und sagt ferner: Das wirtschaftliche Leben verträgt keine Pflöcke mehr. Was für schlimme Folgen dieser Streik für die Bevölkerung haben kann, ergibt sich daraus, daß die

Waldaufricht in Frage gestellt wird und die Säuglingssterblichkeit dadurch noch weitere Ausdehnung gewinnen muß. (Großer Lärm.) Die Verpflegung und Verwertung der Kranksen muß ebenfalls ungeheuer darunter leiden. In den Zukunftsaussichten springen wir nicht hinein, wir wachsen hinein. Nachdem angekündigt ist, daß der Rätekongress in der Verfassung berichtigt werden soll, wagt man diesen Streik? Es gibt nur neuen Aufruhr, neue Unruhen und neue Schöden.

Nach längerer, sehr kürzlicher Geschäftsordnungsdebatte beantragt Straßer (S. P. D.), in den Betrieben in geheimer Abstimmung über den Generalstreik zu entscheiden. Ueber diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen. Ein auf namentliche Abstimmung gestellter Antrag wird wieder zurückgezogen und geheime Wahl abgelehnt.

Durch Handaufheben wird mit rund 400 Stimmen gegen ca. 120 Stimmen bei über 200 Stimmenthaltungen um 9 Uhr 20 Min. der

Eintritt in den Generalstreik

beschlossen. Sodann setzt die Beratung und Beschlussfassung über die vom Streik auszuschließenden Betriebe ein. Es wird beschlossen, folgende Betriebe und Gewerbe vom Streik unberührt zu lassen: die ganze Lebensmittelbranche, die Feuerwerke, das ganze Sanitäts- und Krankenwesenswesen, die Gaswerke, Wasserwerke, Verordnungs- und Krankenkassen und Berufsorganisationen. Die Verbands- einrichtungen sollen nur soweit vom Streik ausgeschlossen sein, als dies für die Durchführung desselben erforderlich ist.

Der Ausschuss soll es vorbehalten bleiben, im Falle zwingender Mängel einige Ausnahmen zuzulassen.

Erst hierauf, als man längst den Streik und seine Durchführung beschlossen hat, kam man darauf, festzulegen, um was man streiken wolle und unter der Erfüllung welcher Bedingungen man das Streikziel als erreicht ansehen könne.

Ohne Widerspruch erzwang man sich in allgemeiner Ansicht auf die Durchsetzung der allgemeinen Richtlinien für die rechtliche Stellung und Tätigkeit der Arbeiterräte.

Bei der Beratung der politischen Forderungen kam es dauernd zu großen Lärmereien.

Derzeit (Kommunisten) erhebt die Forderung, den Arbeiter- und Soldatenräten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete alleinigen entscheidenden Einfluss zu geben.

Kaistli führte dagegen aus: Die Forderung, alle Macht den A. und S.-Räten bedeutet die Diktatur. Jeder solle sich klar machen, um was es sich handelt. Heute handelt es sich um Leben und Sterben des Volkes. Macht doch nicht, daß Euch dieses Wort, alle Macht den A. und S.-Räten, für und für öffnet. Sachlich und materiell ändern sich die Dinge nicht. Wir wollen sozialisieren, aber wir wollen nicht die Verdrängung des ganzen Wirtschaftslbens. Am Schluss seiner Rede sagte er: Wehe, wehe, wenn darüber das Leben des Volkes und die Produktion in Trümmern gehen.

Die von Kaistli als Gesamtforderung beantragten Streik- bedingungen der „Roten Fahne“ werden alsdann mit Zweidrittel- mehrheit abgelehnt.

Die Anerkennung der A. und S.-Räte als wirtschaftlicher Ratgeber wird als Streikforderung angenommen. Ferner wird als Bedingung aufgestellt: Die rechtliche Durchführung der 7 Hamburger Punkte, Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich Ledebour und Nabel, Aufhebung der Standgerichte (die es bisher nicht gab, D. Red.), Wiederannahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetrepublik, sofortige Auflösung der Reichswillkürkorps und Umwandlung der bestehenden Gerichte in Volkserichter. Die Forderung, die Hauptschuldigen am Krieg vor einem Revolutionstribunal abzuurteilen, wird angenommen. Abgelehnt wird der Antrag, auch die Beurteilung der Gemoten Ebert, Scheidemann und Noske zu fordern. Die Sozialisten protestieren mit obstruktivem Lärm gegen dieses Abstimmungsresultat und legen schließlich eine nochmalige Abstimmung durch, in der ihr Antrag ebenfalls abgelehnt wird.

Sodann beschließt die Versammlung, dem Vollzugsrat die Streikleitung zu übertragen. Die Kommunisten teilen mit, daß sie sich an dieser Streikleitung nicht beteiligen; sie haben eine eigene Streikleitung. Nach längerem Debattieren über die dadurch geänderte Zusammenfassung der Streikleitung treten die beiden Demokraten schließlich aus dieser aus.

Da der Vollzugsrat für die Leistungen zu schwach an Kraft ist, wird beschlossen, ihn je zehn Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur Unterstützung beizugeben. In der am Dienstag 11 Uhr vormittags stattfindenden nächsten Vollversammlung soll die Wahl erfolgen. Die Fraktionen stellen nach dem um 14 Uhr erfolgten Schluss der Versammlung noch Fraktions- abgaben ab, um ihre Kandidaten hierfür zu bestimmen.

Spontan. In der Kritikwerkstatt Nord und Süd sowie in der Munitionsfabrik haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Heute finden Versammlungen der Staatsarbeiter statt, in denen zum Streik Stellung genommen werden soll.

Gegen einen eventuellen Kerzestreik protestiert eindringlich auch Herr Dr. Müller-Waldorf in einem umstehenden Appell an seine Kollegen, denen er die ärztliche Neutralität im Bürgerkrieg als Beispiel vorführt.

Berichtigung. In Ihrem Bericht über die Versammlung der Betriebsvertrauensleute der S. P. D. am Sonnabend im Herren- haus habe ich festgestellt, daß nicht ich, sondern der nach mir folgende Redner die Kruppierungen getan hat. Und zwar ist der Irrtum dadurch entstanden, weil ich bei der Wortstellung im Saale nicht aufwiesend war.

U. Umlauf.

Parteitag der Unabhängigen.

In der gestrigen Nachmittagsitzung sprach Hugo Haase über die Aufgaben der Partei. Wir brauchen — sagte er — ein Aktionsprogramm, das den neueren Erfahrungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Rechnung trägt. Die Kampf- mittel des revolutionären Proletariats sind

nicht Terror und Worb,

sein Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Be- seitigung des kapitalistischen Systems. Unsere nächsten Forde- rungen sind: völlige Auflösung des alten Deeres, sofortige Auf- lösung der Freiwilkerkorps, Errichtung einer Volkswehr, Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaft, Wahl von Soldatenräten zur Überwachung der Verwaltung, der Ausbildung,

Verpflegung usw. Das Ziel ist allgemeine Währung, Ausbau des Systems der Arbeiterräte und seine Verankerung in der Ver- fassung, Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Staats- und Selbst- verwaltung, Kontrolle der Behörden, das Recht, Gesetze vorzuschlagen und von der gesetzgebenden Versammlung beschlossene Gesetze abzulehnen. Im Falle der Ablehnung entscheidet die Volksabstim- mung. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Betriebsführung und bei der Durchführung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. — Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort in Angriff zu nehmen, in erster Linie beim Bergbau, der Energieerzeugung, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion.

Der Redner verteidigte die Politik der Unabhängigen, nament- lich ihre

Beteiligung an der Regierung

gegen Angriffe aus den Reihen seiner Parteigenossen und der Kom- munisten. Er sagte, wenn die Unabhängigen nicht die Zمامت gemacht hätten, den Zentralrat den Reichssozialisten allein zu überlassen, dann hätten die Unabhängigen nach dem verun- glückten Sturm auf den Reichstag die Regierungsgewalt in die Hand bekommen und mit der Durchführung ihrer Forderungen Ernst machen können. — Der allergroße Teil der zweifelhafte- n Ausführungen des Redners war eine scharfe Kritik der Politik der Reichssozialisten und eine Verurteilung der Regierung nach dem Austritt der Unabhängigen. Im Hinblick auf die Politik der Reichssozialisten sei eine Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien nicht möglich. Nicht Entgegenkommen an die bürgerlichen Parteien, sondern Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft sei das Ziel der revolutionären Arbeiter.

Der Gegenreferent Käumig machte die mit fürmische m Geisfall aufgenommene Mitteilung, daß die Versamm- lung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte

den Generalstreik beschloß

habe. Die Versammlung bestche aus 1500 Arbeiterräten und hinter jedem ständen 1000 Arbeiter. Der Streikbeschluss sei gegen 125 Stimmen gefaßt. — Zu seinem Thema übergehend, sagte der Redner, er trete ein für das Rätesystem, das für ihn gleich- bedeutend sei mit der Diktatur des Proletariats. Nicht trennt nichts — sagte er — von der Forderung der Kommunisten: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten. Dagegen verwerfe ich die politische Taktik, zu der sich die kommunistische Partei zwar nicht offen bekennt, die sie aber in der Praxis betreibt. (Zu- ruf: Die Führer billigen das nicht. — Widerspruch.) — Der heutige Tag eröffnet weite Perspektiven. Es ist nicht nur eine Koalitionsregierung von bürgerlichen und rechtslebenden Reichsso- zialisten möglich, sondern auch eine Koalition links- lebender Reichssozialisten mit rechts- lebenden Unabhängigen. Wir müssen jede Koalition nicht nur mit bürgerlichen, sondern auch mit Reichssozialisten ablehnen. (Haase: Es kommt auf die Bedingungen an.) Nein, es kommt darauf an, daß wir auf dem Boden des Rätesystems und des revolutionären Sozialismus stehen, während jene Reformsozialisten sind. Da gibt es kein Zusammenarbeiten. Von der Nationalversammlung ist nicht zu erwarten, daß sie ein brauchbares Rätesystem einführt. Nur aus Angst macht sie diesem System jetzt Konzessionen. Auch die Vorkläge, die Haase hier gemacht hat, sind nur Konzessionen, aber keine vollen Rechte des Rätesystems. — Der Redner legte eine Resolution vor, deren ent- scheidende Sätze lauten:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie stellt der liberal-bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie entgegen und unter- stützt die Arbeiterräte in allen ihren Bestrebungen, die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen zu vereinigen.

Von Haase lag eine Resolution vor, welche die in seinem Referat aufgestellten Forderungen vertritt.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Industrie und Handel.

Große Berliner Straßenbahn.

Die vorläufigen Ergebnisse weisen für den Monat Februar 1919 eine Gesamteinnahme von 10 822 048 M. nach, abzüglich Verkehrs- steuer. Dies bedeutet gegenüber dem entsprechenden Ergebnis des Februars 1918 von 5 871 288 M. Bereinnahme worden waren, ein Mehr von 4 950 760 M.

Groß-Berlin

Heute Dienstag, 4. März, nachmittags 4 Uhr: Konferenz

sämtl. Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte,

die auf dem Boden der Sozialdemokratie (S. P. D.) stehen, im Lokal von Graumann, Rannpfer, 27. Hier werden auch von morgens 9 Uhr ab alle notwendigen Auskünfte erteilt.

Der Ausschuss.

Städtische Sozialisierung.

Die beiden sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen haben beim Bureau der Stadtverordnetenversammlung den folgenden

dringlichen Antrag

eingebraucht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemeinsamer Deputation über Maß- nahmen zu beraten, um auf den dazu reifen Wirtschaftszweigen eine

Sozialisierung

in möglichst kurzer Zeit durchzuführen.

Fraktionsführung der S. P. D.-Soldatenräte.

Heute Dienstag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr, im Herren- haus, Saal 20: Fraktionsführung der S. P. D.-Soldatenräte. Stellung zur Neuwahl der militärischen Mitglieder des Vollzugs- rates.

Auflösung der Magistrate und Gemeindevorstände.

fordert eine Sitzung der Obleute der sozialdemokratischen Stadt- verordneten- und Gemeindevorstandesfraktionen. Der jetzige Zustand sei unhaltbar, wo noch sozialdemokratischen Parlamentarierarbeiten bürgerliche Verwaltungen übernehmen gegenüberstehen. Die Regierung soll aufgefordert werden, eine dementsprechende Verfügung zu er- lassen. Eine demnach folgende allgemeine Konferenz der sozial- demokratischen Kommunalvertreter wird sich nach näher mit der Frage befassen. In der Sitzung kam ferner zum Ausdruck, daß die kommunalen A.-Räte bis zur Erledigung dieser Differenz bestehen bleiben sollten.

Zeitfreiwillige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division melden sich sofort in den Aufstellungshallen am Zoo.

„Vorwärts“-Schau. Alle Kameraden der 5. Kompanie aus der Januarzeit mögen sich im Gebäude einfinden.

Die Einwohnerwehren haben nichts mit gegenrevolutionären Bestrebungen zu tun, sie dienen lediglich dem Schutze gegen Vandalen. Ihr Zweck ist ein rein defensiver, während eine Gegen- revolution nur offen durchgeföhrt werden könnte. Auch durch die gewünschte Beteiligung aller Gesellschaftsklassen, also auch

gerade der Arbeiter, wird der Vorwurf der „Freiheit“ entkräftigt, da man doch gerade den Arbeitern sicherlich keine gegenrevolutionä- ren Tendenzen nachsagen kann.

Die Republ. Soldatenwehr teilt uns mit, daß nicht sie das Moskhaus besetzt hatte und darum auch nicht Leute von ihr anderen dort Abschied heruntergerissen haben. — Die Wehr besteht nur aus militärisch ausgebildeten Kameraden, die fast alle jahrelang an der Front Dienst getan haben. Die Zahl ihrer Mitglieder beträgt ungefähr 16—18000 Mann. Trotzdem die meisten dieser Mitglieder (88 Proz.) Arbeiter usw. sind, regiert sie sich ohne Offiziere und zwar nur durch selbstgewählte Führer. Die Wehrung ist auf allen Posten im Durchschnitt die gleiche. Das kameradschaftliche Ver- ständnis ist vorzüglich und die Wehrzahl der Kameraden legt Wert darauf, zu sagen, daß irgend welche politische Tendenzen völlig aus- geschaltet sein sollen.

Die Abzeichen sind eine rote Armbinde mit schwarzer Nummer und Stempel und eine mit Unterschrift versehen, vorgebrachte und nummerierte, rote Ausweisarte mit der Photographie des Inhabers und Dienststempel. Politische Vollmacht haben die Mitglieder der Wehr nur in Gegenwart eines uniformierten, mit einem vom Wehrpräsidium unterstempelten Ausweis versehenen Beamten. Wir stehen alle für die gemeinsamen Interessen des Volkes und tragen die Waffe aus Liebe zu demselben und auch, um mit der Wehrung Frau und Kinder ernähren zu können.

Vater und Sohn.

Während im besetzten Moskhaus der noch nicht 18-jährige Arbeitersohn Käumig den Sozialisten Dienste leistete, hand brauhen sein Vater als Führer einer Kompanie der Rep. Soldatenwehr. Der Staatsanwalt hielt die Angabe, daß der Angeklagte wider seinen Willen festgehalten worden sei, für ungläubig und be- antragte 4 Monate Gefängnis. Nun trat aber der Vater als Verteidiger mit beweisenden Worten für die Unschuld seines Sohnes ein, der sicher nicht in der Absicht gegen seinen eigenen Vater zu kämpfen, in das Moskhaus geraten sei. Aus seinen Er- fahrungen könne er versichern, daß in jenen kritischen Tagen wiederholt

junge Leute unter vorgehaltenem Revolver gezwungen worden seien, gegen ihren Willen sich den Belagungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Sein Sohn sei der letzte von 7 Söhnen — die anderen liegen in Belgien begraben — und die Katastrophe, daß dieser inzwischen militärisch ausgebildet und auf seinen Wunsch der Schutztruppe eingegliedert worden sei, spreche doch wohl dagegen, daß der Angeklagte in irgendwelcher bösen Absicht das Moskhaus betreten habe. — Der vaterliche Verteidiger hatte den Erfolg, daß das Gericht auf Freisprechung erkannte, indem es den Angaben des Angeklagten Glauben schenkte.

Ueberfall auf Polizeikommissar. Als sich in der vergangenen Nacht gegen 11 1/2 Uhr ein Polizeiwachmeister und zwei Soldaten von der Rep. Schutzwehr auf einem Rundgange befanden, wurden sie vor dem Hause Wenzlauer Straße 82 von einem Haufen Matrosen und Zivilisten überfallen. Die Wache nahm ihnen, ehe sie sich zur Wehr setzen konnten, die Waffen ab.

Beamtete und Lehrer! Versammlung Donnerstag, abends 7 Uhr, Stadthalle Klosterstraße. Redner: Jallenberg, Hügel, Höhle.

Alle Arbeitgeber, die mehr als 10 Arbeitnehmer beschäftigen, sind verpflichtet, bis zum 12. März 1919 dem Bureau des Demobili- sierungsausschusses Groß-Berlin im Rathaus, Zimmer 49, Schrift- lich anzuzeigen, die Zahl der am 31. Juli 1914, 1. April 1918 und 1. Januar 1919 beschäftigten gewöhnlichen Arbeitnehmer, getrennt nach Angestellten und gewerblichen Arbeitern; ferner in gleicher Weise getrennt die Zahl der zurzeit beschäftigten nach dem 1. November 1918 aus dem Heeresdienst entlassenen Kriegsteilnehmer.

Frauen, die einen sozialen Beruf ausüben und auf dem Boden der sozialdemokratischen Weltanschauung stehen, werden um Angabe von Namen und Adresse gebeten. Es soll eine Verbindung unter ihnen herzustellen werden, die es insbesondere ermöglicht, die Frage der sozialen Arbeit vom sozialistischen Standpunkt aus zu klären. Namen sind zu richten an: Hedwig Wachenheim, Berlin W 62, Bahnhofsstraße 27/28.

Die Stadtbahnmonatsskizzen vom Januar bei Wiederaufnahme des Verkehrs gelten zu lassen, legt eine Zeitschrift an uns, die wir hiermit bekräftigen.

Zentralheizungsbesitzer! Kobleneintragung auf Zentralbezugs- scheine bis 15. März veranlassen.

Straßenbahn und Straßenwagen stehen gestern Privaten Ecke Wassertorstraße zusammen. Beide wurden ziemlich arg zugerichtet und die Brücken lagen herum.

Zwei gefohlene Traber-Kennpferde wurden durch die Aufmerk- samkeit des Inhabers der Firma Riesenpferd, Junge u. Co., G. m. b. H., Polymarktstraße, angehalten, als sich der eine der Läter kurze Zeit auf dem Hof des Grundstücks aufhielt. Den Pferden waren Militär- gefohlene angelegt, um ihnen das Aussehen von Militärpferden zu geben. Dem Kriminaloberwachmeister Seimemeyer gelang es dann, die Läter in den Personen Karl Stange, Ernst Krautwurst, Joseph Kowatzki und einem gewissen Stauder zu ermitteln und zum Ge- ständnis zu bringen.

Um 400 000 Mark betrogen. Der 35 Jahre alte frühere Redner, jetzige Geschäftsführer Paul Frede, der wegen Warenabwindeln ge- waltigt wird, hatte größere Reichthümer in Erbsen gemacht. Mit dem Käufer verabredete er, daß er die Waggonsladungen als Weizen- deklarieren werde. Anstatt der Erbsen verlor er aber tatsächlich nur Weizen und ließ sich dann auf den Dubitaktaktbrief die Kaufsumme von annähernd 400 000 Mark auszahlen, mit der er flüchtete.

Die Schwester erschossen hat mit einer von einem Soldaten gekauften Armepistole, die er nicht zu gebrauchen verstand, der 23-jährige Metzlarbeiter Gustav Dornbusch aus Mariendorf. Er ist zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Die Angehörigen in England Gefangener versammeln sich am Donnerstag, den 27. März, abends 6 Uhr, in der Kandelhalle des neuen holländischen Rathauses, Stralauer Straße 15—22, Ecke Klosterstraße.

Weibliche Berufsberatung, unentgeltlich, Winterfeldstr. 25a, jeden Montag, Donnerstag, Sonnabend 4—7, andere Wochentage 10—1 Uhr.

Berliner Lebensmittel.

Verkauf. Auf Abschnitt 104 und 106: 600 Gramm Marmelade. An- meldung am 4., 5. und 6. März.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Nächste Wanderschaft: Sonntag, den 3. März, Studienfahrt zum Grunewald. 10 Uhr vom Bahnh. Galtmsee, Stralauerstr. Nr. 78, 79, 81, Sockelstraße. Im März: Vortrag von Gen. Ferd. Kautz, im Reichlichen Museum. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Stahnsberg. Der Erlaßbefehl für Volksunterhaltung veranlaßt am Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, im Festsaal des Städtischen Seemannsvereins, Rathausstr. 5, einen Konzertabend, an dem das Militär-Orchester „Langweilen aus alter und neuer Zeit“ vortragen wird. Eintrittskarten sind in den beiden „Vorwärts“-Expeditionen, Al-Bogelagen 66 und Gartenbögel, 1, erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg (14. Gruppe). Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung Konrad, 51 (neben der Post).

Widerhof. Morgen, Mittwoch, abends 1/2 Uhr, bei Frau, Widmach- straße: Mitgliederversammlung.

